

| | | | |
|--|--|--|--|
| Staatliche Deputation für Gesundheit | | 19. Sitzungsprotokoll | |
| 18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft | | 2011 - 2015 | |
| Sitzungstag: 28.01.2014 | Sitzungsbeginn: 16.00 Uhr | Sitzungsende: 17.40 Uhr | Sitzungsort: Senatorin für Finanzen, Rudolf-Hilferdings-Platz 1, 28195 Bremen |
| Teilnehmer / innen: siehe anl. Anwesenheitsliste | | | |
| Vorsitz: Herr Senator Dr. Schulte-Sasse | | | |

Herr Senator Dr. Schulte-Sasse begrüßt die Mitglieder der staatlichen Deputation für Gesundheit und die anwesenden Gäste und eröffnet die Sitzung.

Er teilt mit, dass unter dem TOP „Verschiedenes“ über die derzeitigen Erkenntnisse zur Situation der Krankenhäuser der Stiftung DRK-Krankenanstalten Wesermünde berichtet wird.

TOP 1:

Folgende Tagesordnung wird genehmigt:

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

TOP 2 Protokoll der Sitzung vom 03.12.2013

TOP 3 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesundheitsdienstgesetzes
(Vorlage L-108-18)

TOP 4 Entwurf einer Verordnung über die Ausbildung und Prüfung in der generalistisch ausgerichteten Gesundheits- und Krankenpflegehilfe
(Vorlage L-106-18)

TOP 5 Bekanntmachung über die nach der Verordnung zur Arbeitsmedizinischen Vorsorge zuständigen Behörden
Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach der Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge
(Vorlage L-105-18)

TOP 6 Zuständigkeiten nach dem Produktsicherheitsgesetz (ProdSG)
(Vorlage L-109-18)

TOP 7 Bekanntmachung über Änderungen der Zuständigkeitsbekanntmachungen zur Druckluftverordnung, Biostoffverordnung und Lärm- und Vibrationsschutzverordnung
(Vorlage L-110-18)

TOP 8 Beschlüsse der ASMK
(Vorlage L-107-18)

TOP 9 Verschiedenes

TOP 2: Protokoll der Sitzung vom 03.12.2013

Herr Senator Dr. Schulte-Sasse weist auf eine Einlassung von Frau Bernhard (DIE LINKE) hin, in der auf einen Fehler in der Darstellung des Ergebnisses einer Abstimmung zu TOP 6 (Verschiedenes), Koalitionsvertrag der Bundesregierung, hingewiesen wird.

Danach wurde der Antrag auf Ende der Debatte mit den Stimmen der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und Teilen der Fraktion der SPD abgelehnt.

Er hat nicht, wie dargestellt, mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion DIE Linke keine Mehrheit gefunden.

| | | |
|---|---|-------------------------------------|
| Staatliche Deputation für Gesundheit | Sitzung am: 28.01.2014 | Protokoll-Seite: 2 |
|---|---|-------------------------------------|

Beschluss

Die staatliche Deputation für Gesundheit genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 03.12.2013 mit der vorgenannten Änderung.

TOP 3: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesundheitsdienstgesetzes **(Vorlage L-108-18)**

Herr Senator Dr. Schulte-Sasse stellt der Deputation den vorliegenden Gesetzesentwurf vor. Er führt aus, dass die angestrebte Änderung unter anderem dem Umstand geschuldet ist, dass es zunehmend schwierig wird, hinreichend qualifiziertes ärztliches Fachpersonal für die Funktion der Leitung eines Gesundheitsamtes zu gewinnen.

Aus diesem Grund soll die Funktion der Leitung eines Gesundheitsamtes auch mit Bewerberinnen und Bewerbern besetzt werden können, die nicht über eine ärztliche Qualifikation verfügen.

In diesem Zusammenhang weist er ausdrücklich darauf hin, dass eine nichtärztliche Leitung gegenüber dem ärztlichen Fachpersonal eines Gesundheitsamtes keine fachliche Weisungsbefugnis haben kann.

Darüber hinaus muss für den Fall, dass die Leitung nichtärztlich besetzt ist, die Vertretung über eine ärztliche Qualifikation verfügen.

Er betont, dass mit der angestrebten Änderung des Gesetzes vor allem eine Handlungsoption geschaffen werden soll, die keinesfalls bedeutet, dass die Leitung eines Gesundheitsamtes nicht mehr mit ärztlichem Fachpersonal besetzt werden kann/soll.

In diesem Zusammenhang vertritt er die Auffassung, dass bei einer entsprechenden Bewerber/innenlage die Besetzung der Funktion mit ärztlich qualifiziertem Personal prioritätär ist.

In der sich anschließenden Diskussion wird eingehend auf mögliche Vor- und Nachteile der vorgelegten Gesetzesänderung eingegangen.

In Bezug auf das Gesundheitsamt in Bremerhaven stellt Herr Senator Dr. Schulte-Sasse fest, dass sich dort kein Handlungsbedarf im Hinblick auf die Option ergibt, da dieses Amt mit einer ärztlichen Leitung besetzt ist.

Herr Bensch (CDU) erklärt, dass seine Fraktion von der Argumentation für die Gesetzesänderung nicht hinreichend überzeugt ist und sich daher bei der Beschlussfassung enthalten wird.

Bei Enthaltung der Fraktion der CDU fasst die staatliche Deputation für Gesundheit folgenden

Beschluss

Die staatliche Deputation für Gesundheit stimmt dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesundheitsdienstgesetzes zu.

TOP 4: Entwurf einer Verordnung über die Ausbildung und Prüfung in der generalistisch ausgerichteten Gesundheits- und Krankenpflegehilfe **(Vorlage L-106-18)**

Beschluss

Die staatliche Deputation für Gesundheit stimmt dem Entwurf einer Verordnung über die Ausbildung und Prüfung in der generalistisch ausgerichteten Gesundheits- und Krankenpflegehilfe zu.

TOP 5: Bekanntmachung über die nach der Verordnung zur Arbeitsmedizinischen Vorsorge zuständigen Behörden **Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach der Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge** **(Vorlage L-105-18)**

| | | |
|---|---|-------------------------------------|
| Staatliche Deputation für Gesundheit | Sitzung am: 28.01.2014 | Protokoll-Seite: 3 |
|---|---|-------------------------------------|

Beschluss

1. Die staatliche Deputation für Gesundheit stimmt dem Entwurf einer Bekanntmachung über die nach der Verordnung zur Arbeitsmedizinischen Vorsorge zuständigen Behörden zu.
2. Die staatliche Deputation für Gesundheit stimmt dem Entwurf einer Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach der Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (ArbMedVV) zu.
3. Die staatliche Deputation für Gesundheit bittet den Senator für Gesundheit die Entwürfe dem Senat zur Beschlussfassung vorzulegen.

TOP 6: Zuständigkeiten nach dem Produktsicherheitsgesetz (ProdSG)
(Vorlage L-109-18)

Beschluss

1. Die staatliche Deputation für Gesundheit stimmt dem Entwurf einer Bekanntmachung über die Zuständigkeiten der nach dem Produktsicherheitsgesetz zuständigen Behörde sowie einer Verordnung über die Zuständigkeiten für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Produktsicherheitsgesetz zu.
2. Die staatliche Deputation für Gesundheit bittet den Senator für Gesundheit die Entwürfe dem Senat zur Beschlussfassung vorzulegen.

TOP 7: Bekanntmachung über Änderungen der Zuständigkeitsbekanntmachungen zur Druckluftverordnung, Biostoffverordnung und Lärm- und Vibrations-schutzverordnung
(Vorlage L-110-18)

Beschluss

1. Die staatliche Deputation für Gesundheit stimmt den Entwürfen der Bekanntmachungen über die nach der Druckluftverordnung, der Biostoffverordnung und der Lärm- und Vibrations-schutzverordnung zuständigen Behörden zu.
2. Die staatliche Deputation für Gesundheit bittet den Senator für Gesundheit die Entwürfe dem Senat zur Beschlussfassung vorzulegen.

TOP 8: Beschlüsse der ASMK
(Vorlage L-107-18)

Beschluss

Die staatliche Deputation für Gesundheit nimmt die Beschlüsse der 90. Konferenz der Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder vom 27./28. November 2013 in Magdeburg zu den Bereichen Sozialversicherung und Arbeitsschutz zur Kenntnis.

TOP 9: Verschiedenes

• Akademisierung der Ausbildung in der Physiotherapie und Logopädie

Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) weist auf die zu diesem Thema bisher geführte Diskussion hin und bittet um einen aktuellen Sachstandsbericht.

Herr Staatsrat Härtl weist auf ein Gespräch hin, das mit der Senatorin für Bildung und Wissenschaft geführt werden soll.

Die Deputation wird über das Ergebnis dieses Gespräches informiert.

• Besuchskommission in Bremerhaven

Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen) teilt auf Nachfrage von Herrn Bensch (CDU) mit, dass sie die Frage der Erweiterung der Besuchskommission in Bremerhaven um ein Mitglied der Oppositionsfraktion der Stadtverordnetenversammlung aufgreifen wird.

• Ermittlungen im Zentrum für Klinische Psychologie und Rehabilitation (ZKPR)

| | | |
|---|---|-------------------------------------|
| Staatliche Deputation für Gesundheit | Sitzung am: 28.01.2014 | Protokoll-Seite: 4 |
|---|---|-------------------------------------|

Herr Zimmermann (Gesundheitsamt Bremen) führt auf Nachfrage von Herrn Brumma (SPD) aus, dass unter anderem im Rahmen der Schuleingangsuntersuchungen Kinder, die im Zentrum vorgestellt worden sind, auf eine Behandlung bei niedergelassenen Therapeuten verwiesen werden.

- **Situation der Krankenhäuser der Stiftung DRK-Krankenanstalten Wesermünde**

Herr Senator Dr. Schulte-Sasse führt aus, dass ihn die Informationen über einen möglichen Verkauf der Kliniken Bürgerpark und Joseph Hospital sehr kurzfristig erreicht haben. Dies ist für ihn nicht akzeptabel, zumal entsprechende Erkenntnisse über wirtschaftliche Probleme zur Weiterführung der Kliniken seiner Einschätzung nach wesentlich vor dem Zeitpunkt der Information vorgelegen haben müssen.

Die Weiterentwicklung in dieser Angelegenheit ist derzeit schwer vorhersehbar. Hier wird vor allen Dingen abzuwarten sein, wie sich die Bewerberlage für einen Kauf der Kliniken darstellen wird.

Ein Kauf durch das Land bzw. die finanzielle Unterstützung der Stadt Bremerhaven für einen möglichen Kauf ist mit Blick auf die finanzielle Situation auszuschließen.

Er vertritt weiter die Auffassung, dass es nicht beim Erhalt beider Standorte bleiben wird und daher auch betriebsbedingte Kündigungen nicht ausgeschlossen werden können.

Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass sie diese Einschätzung teilt und über die sehr kurzfristige Information ebenfalls sehr irritiert ist.

Herr Ravens (CDU) weist darauf hin, dass er die Stadt Bremerhaven mit in der Verantwortung sieht.

Herr Brumma (SPD) führt aus, dass er es für dringend notwendig hält zu prüfen, ob und in welchem Umfang gewährte Fördergelder zurückgefordert werden können.

Hierzu erklärt Herr Senator Dr. Schulte-Sasse, dass derzeit eine Prüfung zur Feststellung noch nicht abgeschriebener Fördermittel läuft.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Schlenker (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt Herr Senator Dr. Schulte-Sasse, dass es seines Wissens derzeit keine Engpässe in der Patientenversorgung der betroffenen Kliniken gibt.

- **Anzahl der Todesfälle infolge von Behandlungsfehlern in Krankenhäusern**

Herr Hamann (SPD) weist auf die Berichterstattung hin, nach der aufgrund von Behandlungsfehlern in Krankenhäusern im letzten Jahr 19.000 Patienten verstorben sind.

Herr Senator Dr. Schulte-Sasse weist auf die für die Erhebung und Ermittlung dieser Zahl unzulängliche Datengrundlage hin, aufgrund der die Zuordnung der Todesfälle durch Behandlungsfehler nicht schlüssig nachvollziehbar ist.

Anlage: To-Do-Liste Deputation Gesundheit (Stand:04.02.2014)

Vorsitzender

Sprecherin

Protokollführer

Der Senator für Gesundheit

S-4

Tel.: 361-9540

Fax: 496-9540

E-mail: michaela.brandjen@gesundheit.bremen.de

Auflistung der abzuarbeitenden Berichtsbitten / Aufträge bzw. der Beschlüsse aus den Sitzungen der staatlichen und der städtischen Deputation für Gesundheit (18. Legislaturperiode)

Stand: 04.02.2014

| Lfd. Nr. | Auftrag | aus der Sitzung .../ vom | vorzulegen zur Sitzung am / aktueller Bearbeitungsstand | Zuständig |
|----------|---|--------------------------|---|-----------|
| 1. | Weiterentwicklung der Psychiatriereform in Bremen - ein gesundheitspolitisches Zukunftskonzept! (L) Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Dezember 2012 (Drucksache 18/685) | 13.03.2013 BB | | 41-1 |
| 2. | Überweisung Antrag CDU „Kampf gegen Übergewicht und Fettleibigkeit bei Kindern und Jugendlichen“ (L) (Drs. 18/725) | 14.03.2013 BB | 20.03.2014 Deputation | 43 |
| 3. | Akademisierung der Ausbildung in der Physiotherapie und Logopädie (L) Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) weist auf die zu diesem Thema bisher geführte Diskussion hin und bittet um einen aktuellen Sachstandbericht. Herr Staatsrat Härtl weist auf ein Gespräch hin, das mit der Senatorin für Bildung und Wissenschaft geführt werden soll. | 28.01.2014 Deputation | 03/2014 Deputation | 40 |
| 4. | | | | |
| 5. | | | | |
| 6. | | | | |
| 7. | | | | |
| 8. | | | | |